

# Bezirksverordnetenversammlung Mitte von Berlin

## geändertes Protokoll

### 22. öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses

---

<b>Sitzungstermin:</b>	Donnerstag, 04.10.2018
<b>Sitzungsbeginn:</b>	17:30 Uhr
<b>Sitzungsende:</b>	20:00 Uhr
<b>Ort, Raum:</b>	BVV-Saal, Karl-Marx-Allee 31, 10178 Berlin

---

#### Anwesend sind:

Herr Oliver Kociolek	Grüne	
Herr Tilo Siewer	Grüne	
Frau Svenja Marie Linnemann	SPD	
Herr Daniel Schwarz	SPD	
Herr Robert Bluhm	DIE LINKE	
Frau Ramona Reiser	DIE LINKE	
Herr Clemens Torno	AfD	
Frau Josephine Dietzsch	FDP	
Herr Michael Konrad	Gruppe der Piraten	
Frau Susanne Christopoulos	JHA BD	
Frau Heidemarie Depil	JHA BD	
Herr Chris Kühner		Vertretung für: Herrn Dirk Stiebritz
Herr Johannes Lesse	SPD	Vertretung für: Frau Nathalie Wedlat
Frau Sabine Walther	JHA BD	
Frau Monika Goral	Jugendamtsleiterin	
Frau Dr. Sandra Obermeyer	BzStRätin Jug	
Frau Katharina Buncke	Bezirkselfternausschuss	
Frau Alexandra Däxl	JHA beratendes Mitglied	
Frau Asra El-Mohamad	JHA beratendes Mitglied	
Frau Monika Fabri	Freigeistige Verbände	
Frau Charlotte Krämer	JHA beratendes Mitglied	Vertretung für: Frau Mareike Vorpahl
Herr James Rosalind	JHA beratendes Mitglied	
Frau Jutta Schauer-Oldenburg	Grüne	

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

## **Protokoll:**

### **zu 1 Begrüßung und Genehmigung der Tagesordnung**

Der Vorsitzende begrüßt die anwesenden Mitglieder, das Bezirksamt und die Gäste.  
Die Tagesordnung wird wie vorliegend angenommen.

### **zu 2 Genehmigung des Protokolls zur 21. Sitzung am 06.09.2018**

Das Protokoll mit dem nichtöffentlichen Teil wird einstimmig angenommen.

Das Protokoll wird vertagt.

### **zu 3 Mitteilungen**

#### **zu 3.1 des JHA-Vorsitzenden**

Herr Siewer vermittelt dem Ausschuss, dass der Bezirk Mitte eine Erbschaft in Höhe von 400.000 € erhalten habe. In einer Drucksache der BVV wurde beschlossen, dass der Jugendhilfeausschuss und der Ausschuss für Soziales und Gesundheit bei der Vergabe beteiligt werden sollen. Vorab erfolgte eine Abfrage von Bürgern\*innen wie sich der Bezirk sich das vorstelle. Im Testament sei aufgeschrieben, dass die Summe für arme Kinder und Kranke Menschen zur Verfügung gestellt werden soll.  
Herrn Siewer fragt nach einem Meinungsbild des Ausschusses.

Frau BV Linnemann (SPD) regt an, eine Sondersitzung zu diesem Thema stattfinden zu lassen. Da die MB-Zahl der Datei sehr hoch sei, regt an zu prüfen, ob es eine andere Möglichkeit gebe, die Daten zur Verfügung zu stellen.

Herr Siewer regt an, dass die Ausschussmitglieder vor der nächsten Sitzung zu einem Gespräch zusammen kommen.

Frau Goral schlägt vor, dass das Jugendamt eine Vorauswahl treffe.

Herr BV Schwarz (SPD) stimmt dem Vorschlag von Frau Linnemann zu, eine Lösung zu finden, die Daten zur Verfügung zu stellen.

Frau BD Depil schlägt vor, sich in einer kleinen Runde zusammen mit dem Fachamt auszutauschen und einen Vorschlag zu unterbreiten. Eine Anlage in Bezug auf „arme Kinder“, die SGB II beziehen wurde im Nachgang der letzten Sitzung zur Verfügung gestellt.

Herr Siewer schlägt vor, dass das Fachamt eine Woche vor dem nächsten JHA einlädt, um über die Vorschläge aus dem Amt zu diskutieren.

Die Vorschläge des Amtes sollen in der nächsten Woche den Ausschussmitgliedern zur Verfügung gestellt werden.

Das BVV-Büro werde beauftragt im BzBm-Büro nachzufragen, ob die Datei zur Verfügung gestellt werden könnte.

#### **zu 3.2 des Bezirksamtes**

Frau BzStR'in Dr. Obermeyer

- berichtet zur Situation in der Kindertagesbetreuung, dass sich der Landesjugendhilfeausschuss und der Unterausschuss Tagesbetreuung des Landesjugendhilfeausschuss auseinander gesetzt haben und die Ergebnisse des Kitagipfels umsetzen. Des Weiteren habe man sich damit auseinander gesetzt, wie man Fachkräfte gewinnen könnte, um mehr Plätze aktivieren zu können. Die Senatsverwaltung für Jugend befasse sich mit mehreren Projekten und möchte weitere Fachkräfte zu generieren. Der Fachkräftebegriff soll dabei erweitert werden. Auch stelle sich die Frage, wie man weitere Quereinsteigende unterbringe, die von Fachkräften angeleitet werden müssen. Für die Eigenbetriebe des Landes Berlin sei jetzt eine Vereinbarung im Gespräch, die verpflichte, einen bestimmten Anteil an Quereinsteigenden fest zu schreiben. Die Zahlen liegen noch nicht vor. Gleichzeitig diskutiere man, in wie weit man durch eine fachlich zu verantwortenden Über-

- belegung Plätze aktivieren könnte.
- berichtet, dass Anfang September eine Klausurtagung zum Thema *Jugendberufsagentur* im Verhältnis zu den Strukturen der Jugendberufshilfe (sie Jugendberatungshäuser), die im Bezirk Mitte. Es konnten einige Erfahrungen bei der Umsetzung der Berufsagentur gesammelt werden. Man habe festgestellt, dass die Jugendberatungshäuser besser eingebunden werden müssen. Ergebnis der Klausur war, dass am Standort Jugendberufsagentur in der Lehrter Straße ein niedrigschwelliges Angebot etabliert werden soll, denn man stelle fest, dass die Zahlen der in Anspruchnahme noch gesteigert werden könne.
- teilt zum Fach- und Finanzkontrolling *Hilfe zur Erziehung* mit, dass sie in der Lenkungsgruppe vertreten sei. Man spreche darüber, worauf sich die Tiefenprüfung beziehen soll. In einer aktuellen Diskussion zum Thema sozialpädagogische Familienhilfen soll der Standard bestimmt werden. Vor einiger Zeit gab es eine Erhöhung des Standards auf eine bestimmte Wochenstundenzahl.

Frau Goral berichtet zum Bundesteilhabegesetz – Umsetzung im Berlinbericht -, dass die Berliner Jugendämter die Zuständigkeit für behinderte Kinder und Jugendliche behalten sollen. Die Senatsverwaltung und auch die Bezirke haben sich dafür ausgesprochen, dass die Jugendämter die Teilhabeämter für Kinder und Jugendliche werden. Vollständig abgeschlossen werde das Bundesteilhabegesetz am 01.01.2023 in Kraft treten. Für die Jugendämter sei das entscheidende Datum 01.01.2020. Man werde das neue Leistungsrecht nach dem SGB IX einführen. Bis dahin werde es Übergangsregelungen geben. Inhaltlich zum Bundesteilhabegesetz teilt sie mit, dass es dazu führen soll, dass Menschen mit Behinderungen mehr teilhaben und dass ihr Recht auf eine individuelle Selbstbestimmung besser als bisher umgesetzt werde. Künftig werde nur ein Antrag ab 01.01.2020 notwendig und ausreichend sein, um eine umfassende Bedarfsermittlung durchzuführen. Der Träger, der für die Leistung zuständig sei, koordiniere während der gesamten Leistungsbewilligungszeit. Die Leistungsgesetze werden dann nach SGB IX (Zusammenspiel zwischen SGB VIII und SGBIX). Für die Jugendhilfe deutschlandweit werde das eine Herausforderung darstellen. Das Jugendamt sei zuständig für die Durchführung des Teilhabepfandes. Das Jugendamt werde für die Kinder und Jugendlichen der verantwortliche Träger. Somit komme ein neues Aufgabenformat auf die Berliner Jugendämter zu.

Frau BV Dietzsch (FDP) bezieht sich auf die Aussage von Frau Goral, weil 2/3 Quereinsteiger in den Kitas und 1/3 Nichtquereinsteiger seien. Frau Dr. Obermeyer teilt mit, dass es eine Diskussion gebe, warum das so sei. Man musste feststellen, dass das Rundschreiben keine Wirkung entfaltetete. Man müsse jetzt schauen, ob die Jugendämter an dieser Stelle sparen, oder habe sich eine Form von Familienhilfe herausgebildet, die man noch einmal anders in einem Produkt fassen könnte. Zu den Neueinsteigern Eigenbetrieb Kindergärten City teilt sie mit, dass der Anteil der Neueinstellungen von Quereinsteigern\*innen deutlich höher sei.

Frau BD Depil korrigiert die Aussage, dass die Stunden bei den Standards der sozialpädagogischen Familienhilfe erhöht wurden. Es wurde durch das Rundschreiben eine fachlich vertretbare Mindeststundenzahl vorgegeben, an die sich niemand halte. Das BA stimme dem zu.

Herr BV Kociolek (Grüne) bittet um Erläuterung, ob jetzt Qualitätsstands niedriger seien? Frau Dr. Obermeyer vermittelt, dass sich etwas verändert habe. Die Fragestellung habe sich vor 5 Jahren bei den Kitas nicht ergeben. Jetzt sei es einfacher geworden, unterzukommen. Ein wichtiges Thema sei es, wie die Menschen angeleitet werden, wenn sie in der Kita ankommen.

#### **zu 4      Berichterstattung aus den AG'en 78**

Der Vorsitzende, Herr Siewer, begrüßt Frau Fischer und Frau Reuter, die sich vorstellen. Eine neue AG Familienzentren habe sich in einigen Kiezen gebildet. Das Jugendamt sei mit seinen Fachdiensten vertreten. Es gebe ein Fachaustausch zu relevanten Themen. Man befasse sich mit Problemlagen und tausche sich aus. Über Qualitätsstandards

möchte man sich austauschen. Das erste Treffen werde am 12.11.2018 von 09.00 Uhr bis 11.00 Uhr, in der Badstraße 23/24 stattfinden.

Anschließend verliest Frau Gleitz eine Stellungnahme zum Thema Standort Badstr. 10.

## **zu 5 Antrag an den HA auf Freigabe von Haushaltsmitteln für das Haushaltsjahr 2019 im Titel 4010/67103 (Angebote der Jugendarbeit)**

Einleitend vermittelt der Vorsitzende, Herr Siewer, dass der JHA 1,3 Mio. € forderte. Letztendlich gab es einen Kompromiss, dass 300.000 € für die Tarifierhöhung und die Tarifierhöhung im Folgejahr finanziert werden Plus 500.000 € im ersten Jahr für mehr Angebotsstunden, Plus weitere 200.000 € für die weiteren Angebotsstunden im Jahr 2019 nach Freigabe durch den Hauptausschuss.

Ausgeschöpft wurde die Summe in Höhe von 500.000 € für das Jahr 2018. Im Ausschuss wurde überlegt, was man mit der Summe in Höhe von 200.000 € machen könnte. Man habe sich entschieden, ein Projekt für Mädchenarbeit bei OTTOKAR anzusiedeln und ein Angebot für queere Jugendarbeit zu etablieren. Die Frage stelle sich nun nach der Freigabe

Herr Dehnert teilt mit, dass die Summe in Höhe von 200.000 € wurde unter Vorbehalt bereitgestellt werde, weil man die Produktentwicklung abwarten möchte. Mit Stand Juli KLR stehe das Produkt in der Entwicklung gut dar. Da man von 11 anderen Bezirken abhängig sei, müsse man abwarten, wie sich das entwickeln werde. Von den jetzt Kennzahlen ausgehend, könne man ruhen Gewissens sagen, dass sich das Produkt refinanzieren, auch mit den zusätzlichen Ausgaben. Wenn sich nichts ändere, würde das Geld zur Verfügung stehen. Den Antrag könne man begründet stellen, dass für 2019 200.000 € frei geschaltet werden.

Die Fraktionen Bü90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE, FDP und Bürgerdeputierte stimmen einstimmig bei einer Enthaltung der Fraktion der AfD dafür, dass die Verwaltung/Jugendamt gebeten werde, einen entsprechenden Antrag an PersFin einzubringen.

## **zu 6 Aufbau eines Queeren Jugendzentrums am Standort Villa Lützow**

Der Vorsitzende, Herr Siewer, begrüßt Gäste zu diesem TOP. Das Thema sei in vielen Sitzungen diskutiert worden. Anhand einer Powerpoint-Präsentation wird Queeren Jugendzentrum am Standort Villa Lützow vorgestellt.

Frau Schauer-Oldenburg fragt nach, ob sich an das Konzept der Senatskanzlei gehalten wurde? Des Weiteren fragt sie nach, ob Personal für coming-out vorhanden sei, die das erkennen, wenn sich jemand in so einer Situation befindet? Habe man daran gedacht, wie man an junge geflüchtete Menschen heran komme? Antwort: Zu bemerken, sei, dass es sich um eine offene Kinder- und Jugendeinrichtung handele. Die Mitarbeiter\*innen vor Ort haben keine Beratungskompetenz wie in einer Beratungsstelle. Es gehe darum, einen gesicherten Raum zu schaffen, damit sich die Jugendlichen dort äußern können. Danach könne man sie weiter in eine Beratungsstelle verweisen.

Es gebe auch die Möglichkeit zu einem ersten Gespräch den Jugendlichen zu begleiten, aber es gebe nicht die Möglichkeit, wie im HzE, kontinuierlich dabei zu sein. Zu den geflüchteten Menschen wird mitgeteilt, dass ein Schutzraum gefunden und geschaffen werden soll. Auch sollen Jugendliche mit Mehrfachzugehörigkeit angesprochen werden. Das Haus sei offen für alle, aber es liege noch kein Konzept vor, wie diese Gruppe angesprochen werden könnte. Der Bedarf werde es zeigen.

Frau Depil fragt nach, wann mit dem Aufbau begonnen werde? Antwort: zum 1.1.2019

Auf die Frage von Herrn Rosalind, ob es eine Liste für die Förderung gebe, könne keine Antwort gegeben werden. Die Planungen für den Mindeststandard und die genauen Berechnungen werden in den nächsten Wochen gefertigt.

Auf die Frage von Herrn Torno zur Diskriminierung, wird wie folgt beantwortet: Es geht nicht um das diskriminierende Handeln, sondern um diskriminierungsarmes Handeln und Sprechen. Maßstab sei, wer sich betroffen und diskriminiert fühle und darauf reagiere. Alle haben die Verantwortung, darauf zu reagieren.

Der Vorsitzende, Herr Siewer, bedankt sich für die Vorstellung und für die Beantwortung der gestellten Fragen.

## zu 7 Familien Service Büro (FSB) mittendrin

Frau Samuray stellt die Kollegin von der Dienstleitung familienunterstützende Hilfen und die Kollegin aus der Kitagutscheinstelle vor.

Anhand einer Powerpoint-Präsentation einen ersten Bericht zum Sachstandsfamilyenservicebüro vor. Die BVV hatte im Mai 2017 entschieden, dass Angebote zur Förderung von Familien im Bezirk Mitte verstärkt umgesetzt werden sollen. Dazu gehöre auch die Einrichtung eines Familienservicebüros, welches entsprechend mit Personal und Sachmittel ausgestattet werden soll. Die Angebote sollen sich an alle Familien im Bezirk Mitte richten, auch an geflüchtete Familien. In der Koalitionsvereinbarung wurde festgelegt, dass möglichst bis zum Ende der Legislaturperiode in allen Bezirken ein Familienservicebüro eingerichtet werden soll. Die BVV Mitte habe sich entschieden, im Haushaltsjahr 2018 20.000 € zur Verfügung zu stellen, um ein Konzept *Familienservicebüro Mitte* zu entwickeln.

Derzeit befinden sich in Berlin 3 Familienservicebüros (Lichtenberg, Steglitz-Zehlendorf, Friedrichshain-Kreuzberg, 1 Infopoint in Tempelhof-Schöneberg).

Aktuell gebe es einen Entwurf eines Gesamtkonzepts zur Einrichtung von Familienbüros. Gemeinsam mit der Senatsverwaltung soll in einem nächsten Schritt das Referat *Familienpolitik* und *Familienförderung* besprochen werden.

Es wurde über die Antragsituation berichtet, sowohl bezogen auf Elterngeld Plus, bezogen auf das Ansteigen der Nachfragen nach Kitagutscheinen, aber auch durch die Gesetzesänderung im letzten Sommer 2017 im Rahmen des Unterhaltsvorschussgesetzes. Im Bereich des Unterhaltsvorschusses werde die Frage der Antragstellung und Bearbeitung immer wieder gestellt.

Ende 2017 wurde die Antragsentgegennahme für Unterhaltsvorschussanträge und Kitagutscheinstelle - Anträge auf Kitagutscheine - als Projekt in der 6. Etage des Rathauses Mitte gestartet. Eine Verbesserung konnte festgestellt werden. In der 6. Etage befindet sich eine Aufrufanlage und es können Wartemarken gezogen werden.

Das Familienservicebüro soll eine zentrale Anlaufstelle für alle Familien, die Leistungen beziehen, sein. Es sollen Möglichkeiten für Informationen geben, Beratungen finden und Angebote erhalten. Es soll eine Vernetzung nicht nur innerhalb des Jugendamtes, sondern auch mit allen weiteren notwendigen Bereichen innerhalb und außerhalb des Bezirksamtes. Die Erreichbarkeit soll gewährleistet sein. Es sei geplant, an 4 Tagen in der Woche eine Sprechstunde anzubieten. Der geplante Standort soll im Rathaus Mitte in der ersten Etage in den Räumen des Internen Dienstes des Bürgeramtes sein. Der Bereich sei involviert. Man warte jetzt darauf, dass der Bereich Internen Dienstes des Bürgeramtes in das Neue Stadthaus in die Parochialstraße ziehe. Voraussetzung sei, dass die Räumlichkeiten dort hergerichtet werden.

Angedacht sei, dass 14 Personen in eine Qualifizierung gehen. Der Personalbedarf werde sich aus dem Bereich der Kitagutscheinstelle speisen. 14 Personen werden in Hospitationen gehen. Es sei angedacht, das Familienservicebüro mit 8 bis 12 Personen auszustatten. Da es in Berlin noch kein einheitliches Anforderungsprofil für alle 12 Bezirke gebe, sei es nicht leicht, welches Personal standardmäßig in Familienservicebüros arbeiten soll.

Frau Dietzsch fragt nach,

- ob es auch Öffnungszeiten nach 18.00 Uhr und an den Wochenenden geben werde?
- wie viele Termine werden am Tag eingeplant?
- wie viele Minuten werden bei der Online-Vergabe eingeplant?
- ob es eine telefonische Vergabe geben?

Frau Samuray teilt mit, dass es noch keine Internetbuchung gebe. Es gebe auch noch keine Festlegung, wie viele Minuten man für eine Beratung messen könnte. Auch sei man am Aushandeln der Tage dabei. Sprechstunden, die nur an Vormittagen stattfinden, werde es nicht geben.

Auf die Frage von Herrn Torno, wird mitgeteilt, dass es ein Berlinservicekonto für die Bürger\*innen geben werde.

Frau Goral vermittelt, dass die Raumsituation in der 6. Etage nicht haltbar sei. Sprechstunden seien deshalb nicht möglich. Sollte es noch einmal eine Verzögerung hinsichtlich der Räume geben, wäre das unerträglich, dann wäre das Familienservicebüro gefährdet.

Frau Dr. Obermeyer spricht abschließend noch einmal die Raumsituation an. Sie sei dankbar, dass die Mitarbeiter\*innen den Prozess vorantreiben. Man versuche jetzt, sich abteilungsintern zu helfen. Der Interne Dienst für Bürgerdienste habe die Bereitschaft geäußert, in die Parochialstraße zu ziehen. Das sei auch schwierig, weil das dortige Standesamt personelle Aufwüchse benötige. Es sei aber die einzige Möglichkeit, halbwegs adäquate barriereartige Räume zu bekommen. Insgesamt soll im Rathaus Mitte Platz noch einmal durch Umzüge Platz geschaffen werden. Frau Dr. Obermeyer werde sich bei der BIM dafür einsetzen, dass die Umbauten in der Parochialstraße schneller voranschreiten. Auch prüfe man Alternativen, damit man weiter im Prozess bleibe. Lösungen müssen bis 1.1.2019 geschaffen werden, ansonsten werde es schwierig. Sollte es keine Raumlösungen geben, müsse man das Projekt rückabwickeln. Das Personal könne man nicht noch ein Jahr lang hinhalten.

Frau Walter und Frau Schauer-Oldenburg bitten um Vorschläge, um auf die BIM ein zu wirken. Frau Goral teilt mit, dass ein Schreiben an die BIM gegangen sei. Sie schlägt vor, wenn bis Ende diesen Monats kein definitiver Umbautermin in der Parochialstraße benannt werde, werde sie den JHA informieren, damit eine andere Lösung gefunden werde. Sie sei nicht bereit, noch 3 Monate zu warten.

Frau Lang fragt nach, ob an Alternativen gedacht wurde? Antwort: Ja.

Der Vorsitzende, Herr Siewer, wird dieses Thema auf die Tagesordnung zur nächsten Sitzung setzen, um den aktuellen Stand zu bekommen. Es wäre schön, wenn das Jugendamt eine Vorlage bis zur nächsten Sitzung vorbereiten könnte.

## **zu 8 Inklusion in der Jugendhilfe**

Der Vorsitzende, Herr Siewer, verliest einen Brief.

Frau Goral informiert, dass in einem JHA in der letzten Wahlperiode eine Arbeitsgruppe gegründet wurde. Die Jugendfreizeitstätten wurden nach inklusiven Konzepten abgefragt. An einigen Punkten kam man nicht weiter. Sie regt an zu überlegen, wie man sich diesem Thema widmen könnte. Sie schlägt vor, heute ein Verfahren zu bestimmen, wie man damit umgehen möchte. Eine Vorbereitungsgruppe sollte sich die zusammengestellten Ergebnisse und auch die Punkte, an denen man stecken blieb, anschauen. Die Arbeitsgruppe sollte vorschlagen, wie man weiter verfähre.

Der Vorsitzende, Herr Siewer, wird Frau Bernd und Herr Hänsgen darüber informieren, dass sich für das Thema eine Arbeitsgruppe gebildet habe.

Der TOP wird in der Novembersitzung erneut auf die Tagesordnung gesetzt.

## **zu 9 IBV Triftraße 12**

Der Vorsitzende, Herr Siewer, teilt mit, dass ein Kriterienkatalog erarbeitet wurde, der den Ausschussmitgliedern als Tischvorlage vorgelegt wurde. Die Vorbereitungsgruppe bestehe derzeit aus:

Frau Goral, Frau Koch, Frau Christopoulos, Frau Dietzsch, Frau Reiser, Frau Depil, Herr Lehmann, Herr Siewer, Herr Schwarz, Herrn Torno.

Der JHA werde entscheiden, wer von den 4 Trägern ausgewählt werde. Der JHA werde sich ein eigenes Bild machen. Dazu werde eine Sondersitzung stattfinden. Einen Beschluss werde der JHA in der nächsten Sitzung fassen.

Anschließend wird der Kriterienkatalog vorgestellt, der aus 2 Teilen bestehe, wie Rahmenbedingungen und pädagogisches Fachkonzept. Die Kriterien wurden herausgenommen, da sie nicht Bestandteil des IBV waren. Die herausgenommenen Punkte wurden auf eine Sammeliste gestellt. Sie sollen bei künftigen Interessenbekundungsverfahren wieder aufgenommen werden. Auch sollen weitere Ergänzungen, ggf. wie Kinderschutz, Sprachförderung, Integration wieder aufgenommen werden. Anschließend geht Herr Lehmann auf den inhaltlichen Aspekt im Kriterienkatalog ein. Frau Koch stellt das pädagogische Konzept und die baulichen Rahmenbedingungen vor.

Frau Dietzsch fragt nach, wie mit der vorliegenden Tabelle umgegangen werde? Herr Siewer habe das so verstanden, dass der Jugendhilfeausschuss über die Trägersauswahl entscheide. Die Träger sollen eingeladen werden. Die AG vererbe dann Punkte. Die AG werde dem JHA danach berichten.

Frau Goral teilt ergänzend mit, dass die Vorbereitungsgruppe die Unterlagen zugesandt bekommt und füllt die Unterlagen aus. Dem JHA werde das Meinungsbild vorgetragen. Der JHA müsse dann beschließen.

Frau Depil fragt nach, ob es mit der Einrichtungsaufsicht geklärt sei, dass sie sich mit den Bewerberkonzepten soweit beschäftigen, dass ihr Votum einfließen könnte? Frau Koch teilt mit, dass sie bei der Kitaufsicht nachgefragt habe. Sie haben sich von 2 Bewerbern die Unterlagen angeschaut. Da eine Kollegin erkrankt sei, hoffe Frau Koch, dass sich die Kollegin in der nächsten Woche die Unterlagen anschauen werden.

Der Vorsitzende, Herr Siewer, schlägt vor, Mitte November zu einer Sondersitzung zu dem Thema einzuladen.

Abschließend lässt der Vorsitzende, Herr Siewer, über den Vorschlag abstimmen: 2 Ja-Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, 2 Ja-Stimmen der Fraktion der SPD, 2 Ja-Stimmen der Fraktion DIE LINKE, 1 Ja-Stimme der Fraktion der AfD, 1 Ja-Stimme der Fraktion der FDP, 6 Ja-Stimmen der Bürgerdeputierten, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen. Der Vorschlag wird einstimmig angenommen.

## **zu 10 Beratung von Drucksachen**

### **zu 10.1 Sitzungskalender für das Jahr 2019**

#### **Drucksache: 1423/V**

Mit der vorliegenden Empfehlung hätten am 22.08.2019 vier BV einen Terminkonflikt, da parallel der Ausschuss Schule tagt. Auch am 21.08.2018 würde es Terminkonflikte geben.

Der Ausschuss einigt sich, die 2. Sitzung zur Beratung des Haushaltsplans auf den 20.08.2018 zu legen.

Der JHA empfiehlt der BVV einstimmig ohne Enthaltung, den geänderten Sitzungskalender (Verschieben der Sitzung JHA vom 22.08.2019 auf den 20.08.2019) zu beschließen.

## **zu 11 Vorlagen zur Kenntnisnahme**

**- DS 1344/V, "Badstr. 10 - Willy-Brandt-Gemeinschaftsschule"**

**- DS 1360/V, "Zwischennutzungskonzept Standort Badstr. 10 (Vorderhaus)"**

Der Vorsitzende, Herr Siewer, vermittelt, dass sich die AG zu beiden Drucksachen noch nicht getroffen haben.

## **zu 12 Verschiedenes**

Frau BzStR'in Dr. Obermeyer vermittelt, dass sie beabsichtige, ab dem 01.11.2018 in

der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen tätig zu sein. Da das Verfahren aber noch nicht beendet sei und der Senatsbeschluss auch noch fehle, könne sie zum 01.11.2018 dort die Tätigkeit nicht beginnen. Somit werde sie in der Novembersitzung beim JHA teilnehmen.

Der Vorsitzende, Herr Siewer, regt an, sollte Frau Dr. Obermeyer doch zum 01.11.2018 ihre Tätigkeit bei der Senatsverwaltung aufnehmen, würde sich der Ausschuss freuen, wenn sie zum nächsten JHA kommen könnte, damit sie verabschiedet werden könnte.

Frau Depil informiert aus der Strategischen Steuerungsrunde Jugendhilfe, Schule, Bildung, dass dort ein Handlungsleitfaden zur Kooperation zwischen Jugendamt und Schule – speziell auch Angelegenheiten des RSE – erarbeitet wurde. Es wurden Arbeitsgruppen gebildet. Der Handlungsleitfaden sei erstellt und werde nur noch durch eine Anlage ergänzt. Die Strategischen Steuerungsrunde stellte fest, dass es kein Verfahren in Bezug auf sexuelle Gewalt und Übergriffe gebe, wie Schule damit umgehe.

Frau Walther teilt ergänzend mit, dass sich die Strategischen Steuerungsrunde mit dem Thema Ganztage – qualitative Ausstattung – beschäftige. Im November werde man in den Grundschulen zu Gast sein, um mit ihnen über die Entwicklung der Mindeststandards zu diskutieren.

Herr Torno fragt nach, wenn Frau Dr. Obermeyer zum 01.11.2019 das BA Mitte verlassen werde, ob die Abläufe aufrecht erhalten werden? Frau BzStR'in Dr. Obermeyer vermittelt, dass ein Wechsel in der politischen Leitung die Arbeitsfähigkeit der Ämter nicht gefährde.

gez. Siewer  
Vorsitzender

gez. Tschach  
Protokollführerin